

Der Verkehr bleibt eine Knacknuss

Biel Der Stadtrat hat den 420 000-Franken-Kredit für die Organisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» genehmigt. Wie Biels Zukunft ohne Westast aussehen soll, sorgt aber weiter für viele Fragen.

Carmen Stalder

Am Ende siegte der Drang nach einem raschen Vorwärtsschritt gegenüber der Skepsis und den vielen offenen Fragen: So lässt sich die gestrige Diskussion des Stadtrats über die Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» zusammenfassen. Das Bieler Parlament hatte über einen Kredit von 420 000 Franken für die Vorbereitungsarbeiten von kurz- und mittelfristigen Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz in der Stadt und der Agglomeration zu entscheiden. Schliesslich sollen die unbestritten vorhandenen Verkehrsprobleme auch ohne Westast gelöst werden. In diesem Punkt waren sich wohl alle Stadträtinnen und -räte einig. Doch ob die neue Organisation tatsächlich die richtige ist, ob die anfallenden Kosten nicht zu hoch sind und ob der Mitsprache genügend Raum gelassen wird – darin unterschieden sich dann die Meinungen.

Die GLP versuchte es zum Einstieg mit einem Rückweisungsantrag: Erstens sei der Partizipation der Zivilgesellschaft ein höherer Stellenwert einzuräumen. Und zweitens sei der Fokus zu Beginn des Prozesses auf die Interessen der Stadt zu legen, insbesondere auf den öffentlichen und den Langsamverkehr. Gerade mit dem ersten Anliegen stiessen die Grünliberalen durchaus auf Zustimmung. So sagte

etwa Alfred Steinmann für die SP/Juso-Fraktion, dass man ein klares Bekenntnis zu einer umfassenden Mitwirkung fordere: «Sonst könnte schnell wieder eine grosse Opposition entstehen.» Da jedoch die Leitung der Behördendelegation letzte Woche an einem Treffen mit Vertreterinnen, die am Dialogprozess zum Westast beteiligt gewesen waren, deutliche Signale für eine echte Mitwirkung gesendet habe, wollten die Sozialdemokraten den Antrag nicht unterstützen.

Gegen den Alleingang

Die anderen Parteien konnten der Idee, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen, ebenfalls nicht viel abgewinnen. «Die Angst vor einer zweiten Stöckli-Gruppe ist fehl am Platz», meinte Peter Bohnenblust als Sprecher der FDP-Fraktion. Und Marisa Halter (PdA) tat ihre Überzeugung kund, dass die nötigen Verkehrsmassnahmen nicht nur auf kommunaler Ebene angeschaut werden könnten, so wie dies der Antrag forderte. Damit sprach sie Stadtpräsident Erich Fehr (SP) aus der Seele. «Biel first funktioniert hier nicht», sagte er. Die Stadt könne die Massnahmen nicht alleine umsetzen, schon nur, weil sie dann nicht von den finanziellen Mitteln aus dem Aggloprogramm profitieren würde.

Am Ende wurde der Rückweisungsantrag von einer klaren Mehrheit abgelehnt. Mit der Ei-

«Die Angst vor einer zweiten Stöckli-Gruppe ist fehl am Platz.»

Peter Bohnenblust
Bieler Stadtrat (FDP)

nigkeit war es damit aber auch schon vorbei. Während die Fraktion Einfach libres befürchtete, dass die Bevölkerung, die betroffenen Gemeinden und die involvierten Organisationen zu wenig mitreden können, prophezeite die FDP eine ausufernde Partizipation oder eine Verhinderungskultur. Während die SVP einen Fokus auf die Schliessung der Lücke im Nationalstrassennetz und damit einen möglichst raschen Autobahnbau verlangte, sprach sich die SP/Juso für den Veloverkehr aus.

Graben ist noch immer da

Die Fronten scheinen also ähnlich verhärtet wie zu Zeiten, als noch über den Westast diskutiert wurde. Die an der vorgängig erwähnten Sitzung mit Interessengruppen und Fachverbänden geäusserte Aussage von Gilbert Hürsch (Wirtschaftskammer Biel-Seeland) – der Zeitpunkt sei gekommen, um damit aufzuhören, von Befürwortern und Geg-

nern zu sprechen – schien noch nicht so ganz im Bieler Kongresshaus angekommen zu sein.

Dass der Kredit schliesslich doch von einer Mehrheit genehmigt wurde (bei 38 Ja-, 14 Neinstimmen und 2 Enthaltungen) mag wohl auch am eindringlichen Votum von Fehr gelegen haben. Die Folgen einer Ablehnung des Geschäfts bezeichnete er als Desaster, als «Schuss in den eigenen Fuss». Durch die daraus folgende Blockierung der anstehenden Arbeiten würde man ein halbes bis ein ganzes Jahr verlieren, so Fehr weiter. Zynisch könnte man jetzt argumentieren, dass es bei den Jahrzehnten, in denen schon an einer Verkehrslösung getüftelt wird, auf die paar Monate auch nicht mehr ankommen würde. So weit wollte es das Parlament dann aber doch nicht kommen lassen. Es soll nun also endlich vorwärtsgehen. Wie genau, das wird aber wohl weiterhin für hitzige Diskussionen sorgen.

Gesundes Kita-Essen auf gutem Weg

Der Bieler Stadtrat hat gestern Abend ausserdem der Umsetzung des Reglements über gesunde **Ernährung in städtischen Kitas zugestimmt** und dafür einen Verpflichtungskredit von 8,15 Millionen Franken bewilligt. Mit 48 Ja-, bei 5 Neinstimmen und 2 Enthaltungen, stiess das Vorhaben auf eine **klare Zustimmung**.

Die Versorgung der Kinder mit biologischem Essen aus der Region wurde mehrfach als **schweizweites Vorzeigeprojekt** gelobt. Genehmigt im September auch die Stimmbevölkerung das Vorhaben, werden ab 2023 alle städtischen Kitas mit Essen aus einer neuen Küche im Altersheim Redern versorgt. *csf*